

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17
Handy: 0172/ 61 55 99 7
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 11. Januar 2006

Einbürgerung

Ausländerbeiräte lehnen Gesinnungstest in Hessen ab

Vor der Einführung eines Gesinnungstests für Einbürgerungsbewerber nach baden-württembergischem Vorbild hat die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) gewarnt. „In Hessen darf es keinen Gesinnungsschnüffelei für Einbürgerungsbewerber geben“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Gremiums, Yilmaz Memisoglu, heute in Wiesbaden.

Auch von der Hessischen Landesregierung erwarten die Ausländervertreter ein deutliches ‚Nein‘. Allein mit Spekulationen über eine mögliche Handreichung für Einbürgerungsgespräche erweise man der Integration in Hessen einen Bärendienst. „Die Diskussionen um den baden-württembergischen Test zeigen deutlich, dass nichts als großer gesellschaftspolitischer Flurschaden entsteht und Vorurteile geschürt werden. Die Muslime fühlen sich noch weiter ausgegrenzt. Menschen, für die Angehörige des muslimischen Glaubens grundsätzlich eine potentielle Gefahr darstellen, sehen sich in ihren Vorurteilen durch höchstes Politikerwort bestätigt. So etwas brauchen wir in Hessen nicht,“ so Memisoglu.

Dabei werde durch zusätzliche Tests a la Baden-Württemberg kein zusätzlicher Terrorist oder Verfassungsfeind entlarvt. Schon jetzt würden Einbürgerungsbewerber auf Herzen und Nieren geprüft, eine Loyalitätserklärung verlangt und zudem Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und Landeskriminalamts in einer Regelanfrage abgefragt. Nicht zuletzt könne die Einbürgerung wieder rückgängig gemacht werden, wenn sich später herausstellt, dass sie aufgrund unwahrer Angaben erfolgt ist.

Memisoglu: „Diskriminierung und Ausgrenzung haben in einem weltoffenen Hessen des 21. Jahrhunderts keinen Platz mehr!“